

Danke, prima!



Danke, prima fühle ich mich in meinem leichten, luftdurchlässigen PERLON®-Hemd! Auch nach einem langen Arbeitstag ist es korrekt wie am frühen Morgen. Mit PERLON ist man auch ohne Sakko elegant, denn Rücken und Ärmel sind stets seidenglatt. Außer in Weiß gibt es PERLON-Hemden in dezenten Streifendessins oder in Pikeemusterung.



© Registrierte Warenzeichen

unterirdische Kernwaffenversuche an, die Ende September beginnen sollen.

Kennedy: „Wir haben keine andere Wahl, wenn die US-Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber ihren eigenen Bürgern wie hinsichtlich der Sicherheit der anderen freien Nationen erfüllen will.“

Hatten Kennedys Berater zunächst erklärt, man wolle sich durch die Sowjets nicht in überstürzte eigene Atomexperimente hineinziehen lassen, hatte man an einen feierlichen Auftritt des US-Präsidenten vor der Uno-Vollversammlung und an eine moralische Verurteilung der Sowjet-Union gedacht, so überwog jetzt die Sorge, militärisch überrundet zu werden.

Die Sowjets testeten nämlich vorerst nicht jene angekündigte Terrorbombe (SPIEGEL 37/1961), sondern offensichtlich kleine, taktische Atomwaffen, in denen sich die USA bisher überlegen dünkten.

Damit hat, angeregt durch Moskaus machtpolitische Demonstration, jenes mörderische nukleare Wettrüsten wieder in aller Öffentlichkeit begonnen, das der Genfer Bourgeois Semjon Zjarapkin — „Ich lebe in der Straße des Friedens (Rue de la Paix), und ich arbeite für den Frieden“ — auf 339 Konferenzsitzungen so lautstark zu beklagen pflegte.

NEUTRALE

Punkt 27

Über den Wandelgängen des Belgrader Parlamentsgebäudes lag eine Dunstglocke von kaltem Zigarettenrauch.

Erschöpfte Diplomaten zankten mit übermüdeten Journalisten. Die Exzellenzen hatten lange Bartstoppeln, die Reporter rotgeränderte Augen. Es war kurz vor zwei Uhr am Mittwochmorgen vergangener Woche.

Die Belgrader Konferenz der 25 blockfreien Staaten*, von Jugoslawiens Staatspräsident Marschall Tito mit einem Kostenaufwand von 20 Millionen Mark vorbereitet, stand vor einem Dilemma: Das für die Erstellung des Schlußkommuniqués eingesetzte Redaktionskomitee konnte sich nicht einigen.

Ursache: Eine alle Teilnehmer befriedigende Formulierung zur Deutschland- und Berlin-Frage ließ sich nicht finden.

Erst durch das Einlenken des Gastgebers Tito wurde der Weg für einen Kompromiß frei, und die Redaktoren formulierten: „Die teilnehmenden Staaten (fordern) alle betroffenen Seiten auf, . . . bei der Lösung der deutschen Frage oder der Berlin-Probleme nicht Gewalt anzuwenden oder damit zu drohen.“

Dieser magere, nichtssagende Satz stand auf der letzten von 14 Seiten, im letzten von 27 Punkten eines Kommuniqués, das die „Neue Zürcher Zeitung“ als „Konglomerat theoretisierender Postulate“ bezeichnete.

„Von der Existenz zweier deutscher Staaten oder einer Anerkennung Pan-

* Äthiopien, Afghanistan, Algerische Exilregierung, Burma, Ceylon, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Jemen, Jugoslawien, Kambodscha, Kongo, Kuba, Libanon, Mail, Marokko, Nepal, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik, Zypern.

kows ist nicht die Rede“, freute sich tags darauf die „Frankfurter Allgemeine“ unter der Überschrift „Zurückhaltung der Neutralen in der Berlin-Frage“.

Die Zurückhaltung stand freilich nur im Kommuniké. Im gelb und rosa gestrichenen Plenarsaal des jugoslawischen Parlaments, der wie ein Frisiersalon duftete — vor den Sitzungen wurde vorsorglich Parfüm versprüht —, gehörten Begriffe wie „zwei deutsche Staaten“ und „Anerkennung Pankows“ durchaus zum gängigen Vokabular.

„Die Existenz zweier deutscher Staaten ist heute eine Realität und kann nicht abgestritten werden“, dröhnte Gastgeber Tito. Und: „Die immer intensivere Bewaffnung Westdeutschlands muß zu einer Stärkung jener reaktionären und faschistischen Elemente führen, die von Hitlers Kriegsmaschine zurückgeblieben sind.“ Sprach's und forderte seine blockfreien Kollegen auf, die DDR sofort de jure anzuerkennen.

Ghanas Staatschef Kwame Nkrumah, geringesehener Staatsgast in Moskau, assistierte: „Die Nationen der Welt

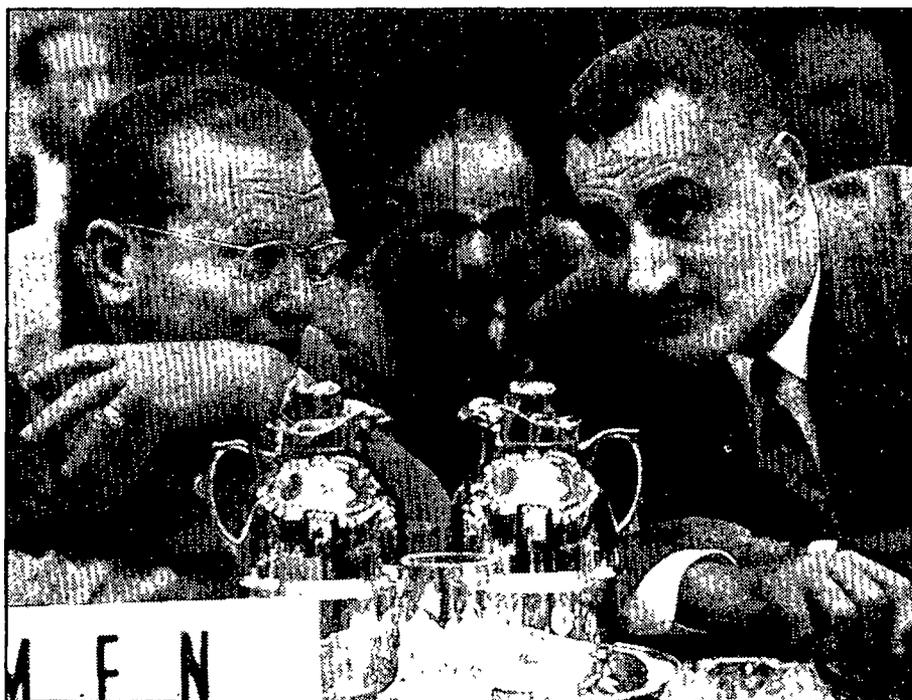
Auch für den asiatischen Konferenzflügel existierten nämlich zwei deutsche Staaten.

Indonesiens Staatspräsident Sukarno dozierte: „Der gesunde Menschenverstand erfordert die . . . De-facto-Anerkennung zweier deutscher Staaten als große Realität.“

Und Indiens Premier Nehru, auf den Bonn gehofft hatte, mit selbstquälerischer Miene: „Ob es uns gefällt oder nicht, es gibt zwei deutsche Staaten.“ Erst später schwächte er ab: Seine Regierung wolle Pankow nicht de jure, sondern lediglich de facto anerkennen.

Die Stimme des Erzbischofs von Zypern fand keinen Widerhall. Klage Patriarch Makarios: „Die Bevölkerung von Berlin kann nicht in einem Konzentrationslager gehalten werden.“

Auch der Führer aller Araber, Ägyptens Präsident Nasser, sprach von „zwei deutschen Völkern“, forderte allerdings — wie vor ihm Nehru und Makarios —, daß der Zugang nach Westberlin gesichert und daß diese Forderung ins Schlußkommuniké übernommen werde.



DDR-Freunde Tito, Nasser: de facto statt de jure

sollten die Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen“. Sprach's und lud Kennedy und Chruschtschow zu Friedensgesprächen in seine heiße Hauptstadt Accra ein.

Das waren goldene Worte für Eleonore Staimer, Tochter des verstorbenen Zonenpräsidenten Wilhelm Pieck, die in der Diplomatenloge eifrig applaudierte.

Frau Staimer, einzige deutsche Diplomatin in Belgrad, repräsentiert de jure die DDR, seit die Bundesrepublik 1957 die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abbrach, nachdem Moskaus Zwei-Staaten-These und Bonns Hallstein-Doktrin zum erstenmal in der diplomatischen Praxis aufeinandergeprallt waren.

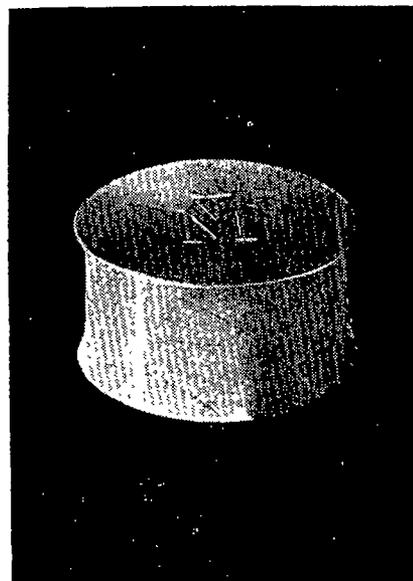
An der gleichen Stätte hatte Hallsteins Konstruktion jetzt ihre bisher schlimmste Zerreißprobe zu bestehen.

Während Nasser und Nehru die gekrönten und ungekrönten Potentaten* zu einem Friedensappell an die beiden Weltmächte überredeten, verlangte Tito die sofortige Anerkennung der DDR. Stundenlang feilschte er, wobei er hart am Rande eines Zerfalls der Konferenz operierte; dann gaben beide Seiten nach: Der Zugang nach Westberlin und die Zwei-Staaten-These wurden im Kommuniké nicht erwähnt.

König Hassan von Marokko hatte bereits während der Plenarsitzung die klärenden Worte gesprochen: „Wir selbst haben (für Berlin) keinen Plan zu unterbreiten, wir haben nichts als den guten Willen.“

Ohne ein Schlußwort Titos ging die Konferenz auseinander. Sein Versuch,

* Ein Kaiser, zwei Könige, zwei Prinzen, drei Außenminister, sieben Ministerpräsidenten, zehn Staatspräsidenten.



MARKANT Creme

Männer mit trockener und spröder Haut, denen die Rasur oft zur Qual wird, sind von Markant-Creme begeistert. Zweckmäßig schon am Abend aufgetragen, wirkt Markant-Creme über Nacht aufbauend und regenerierend, so daß die Haut morgens elastisch und entspannt ist. So vorbereitet wird die vordem gefürchtete Rasur zum Vergnügen. Überanstrengte und faltige Haut wird besser durchblutet und sportlich frisch.



MARKANT

eine Einheitsfront der Blockfreien für die Anerkennung der DDR zu bilden, ist vorerst gescheitert, freilich — wie sich in Belgrad zeigte — nicht aus Angst vor der Hallstein-Doktrin. Die Führer der jungen afrikanischen und asiatischen Staaten wissen vielmehr die Entwicklungshilfe in D-Mark West, die Bonn verteilt, durchaus zu schätzen.

UNO

KATANGA

Großer Knüppel

Der Anruf kam aus dem Hotel Royal in Léopoldville. Es meldete sich Dr. phil. Sture Linnér, 44, einst Dozent für griechische Sprache und Literatur an der schwedischen Universität von Uppsala, heute Beauftragter der Vereinten Nationen im Kongo.

Sein Gesprächspartner, der irische Uno-Emissär Dr. Connor O'Brien, saß in Elisabethville, der Hauptstadt der abtrünnigen Kongo-Provinz Katanga.

Die telephonische Unterhaltung dauerte nur wenige Minuten: Linnér gab O'Brien den Befehl, am nächsten Morgen loszuschlagen.

Damit rollte eine seit langem vorbereitete Aktion mit der Präzision eines Banküberfalls in einem Kriminalfilm ab:

Im Morgengrauen des 28. August besetzten indische, schwedische und irische Uno-Soldaten überraschend alle wichtigen Punkte der Katanga-Hauptstadt. Mit Maschinenpistolen hielten sie die wenigen Frühaufsteher in Schach und entwaffneten alle in katangischen Diensten stehenden ausländischen Offiziere und Beamten, derer sie habhaft werden konnten.

Katangas Regierung sah sich überumpelt. Premier Moïse Tshombé und sein mächtiger Innenminister Godefroid Munongo hatten nicht damit gerechnet, daß sich Linnér und sein Uno-Kollege O'Brien zu einer derart waghalsigen Operation entschließen würden. Die beiden Uno-Diplomaten mußten sich nämlich bei ihrem Versuch, in der kongolesischen Uran-Provinz die Macht zu ergreifen, zwischen drei bereits arg strazierten Resolutionen des Welt sicherheitsrates hindurchklavieren.

Das höchste Uno-Gremium hatte beschlossen,

- ▷ am 22. Juli 1960: die „territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Kongo-Republik“ zu gewährleisten;
- ▷ am 9. August 1960: „den Streitkräften der Vereinten Nationen im Kongo die Einmischung in ... innere Konflikte“ zu untersagen;
- ▷ am 21. Februar 1961: „den sofortigen Abzug aller ausländischen Berater aus dem Kongo“ herbeizuführen.

Altphilologe Linnér, von Kongo-Staatspräsident Kasavubu mehrfach aufgefordert, der Uno-Februar-Resolution endlich Geltung zu verschaffen, stützte sich bei seiner Entscheidung auf die Juli-Resolution und ließ nach Rückversicherung in Hammarskjölds Sekretariat die August-Resolution — „Nichteinmischung in die kongolesische Innenpolitik“ — diesmal unberücksichtigt.

Sechs Monate lang hatte die Uno gezögert, gegen Tshombés belgische Be-

rater und Offiziere vorzugehen, die Katangas Wirtschaft und Verwaltung in Schwung hielten. Erst als es in Léopoldville wieder eine funktionsfähige Zentralregierung gab, die ihre Fehde mit der Uno begrub, zeigten sich Hammarskjölds Beauftragte bereit, dem neuen kongolesischen Premier Cyrille Adoula, der zuvor als Kommunistenfeind und Lumumba-Gegner von sich reden gemacht hatte, bei einer Kongo-Wiedervereinigung politische Hilfestellung zu gewähren.

Adoulas Bitte, die Katanga-Provinz heim in die Kongorepublik zu holen, kam der Uno auch aus einem anderen Grunde gelegen: Die Kongo-Aktion kostet die Vereinten Nationen jährlich etwa 220 Millionen US-Dollar, und zwar 120 Millionen für die Unterhaltung der

wirtschaftlich wieder lebensfähig; das würde die finanzielle Last der Uno beträchtlich verringern.

Indes, freiwillig wollte Katanga — trotz gelegentlicher Verbrüderungsszenen zwischen Katanga-Premier Tshombé und Kongo-Präsident Kasavubu — nicht in die Republik zurückkehren.

Die Uno-Emissäre Linnér und O'Brien sahen deshalb keinen anderen Weg, als den Tshombé-Staat durch einen Rückgriff auf die angestaubte Februar-Resolution der Uno zu schwächen. Ihre Soldaten entwaffneten in Elisabethville 81 ausländische Offiziere und militärische Berater, während mehrere Hundert in Katanga-Diensten stehende Europäer bei den Konsulaten Zuflucht suchten. Von den ursprünglich über 500 ausländischen Gehilfen verblieb Tshombé nur noch ein klägliches Rest.

Der Katanga-Premier, von seinem europäischen Beraterstab verlassen, erlitt einen Herzanfall. Seine 12 000-Mann-Armee war ohne ihre weißen Offiziere nahezu wertlos geworden. Über den nun von der Uno kontrollierten Katanga-Rundfunk verkündete er: „Wir beugen uns der Uno. Verhaltet euch ruhig und würdig.“

Tshombés Innenminister Munongo, seit seinem Aufstieg vom simplen Gerichtsschreiber zum gefürchteten Polizeichef der Motor des katangischen Separatismus, gab sich jedoch nicht geschlagen. Munongo spekulierte nach wie vor auf den Einfluß der belgischen „Union Minière“, die Katangas Industrie beherrscht. „Wenn die Uno unsere Armee entwaffnet“, drohte der Polizeiminister, „wird Blut fließen.“

Linnér und O'Brien hatten rasch einen willfährigen Belgier zur Hand, der auf einer Pressekonferenz bestätigte, Munongo habe ihn für ein Komplott gegen die Uno gewinnen

wollen; dabei sei die Ermordung eines hohen französischen Uno-Beamten geplant gewesen. Außerdem begehe der Minister Grausamkeiten gegenüber Angehörigen des Baluba-Stammes.

Nach solcher propagandistischen Vorbereitung forderte O'Brien die Entlassung des Innenministers. Premier Tshombé verteidigte seinen Günstling: „Erst muß ich diese ungeheuren Vorwürfe prüfen.“

Munongo blieb — worauf Linnér und O'Brien die Beziehungen zur Katanga-Regierung abbrachen.

Den Überraschungsangriff auf die europäischen Berater Tshombés beurteilte das Uno-Hauptquartier in Léopoldville als einen Erfolg; die Tage des



Kongopremier Adoula, Gattin: Reunion im Morgengrauen

Uno-Streitkräfte und etwa 100 Millionen für wirtschaftliche Hilfe.

Unter diesen finanziellen Belastungen droht der Haushalt der Uno zusammenzuberechnen, denn bisher leisteten nur die USA, Großbritannien und einige kleinere Staaten Sonderzuschüsse für den Kongo; die Ostblock-Staaten zahlten nichts.

Uno-Generalsekretär Dag Hammarskjöld hat denn auch ein Defizit von 40 Millionen Dollar zum Jahresende und von 90 Millionen bis Mitte 1962 angekündigt.

Wenn die reiche Katanga-Provinz wieder dem Gesamtstaat einverleibt würde, so kalkuliert die Uno-Spitze, wäre auch die übrige Kongo-Republik